C 12-033 Schleswig-Holstein macht verantwortungsvolle Finanzpolitik

Antragsteller*in: Joschua Konrad (KV Kiel)

Text

Von Zeile 32 bis 35:
Finanzpolitik ist für uns aber mehr als eine ausgeglichene Kasse. Mit Blick auf die Klimaziele, globale und nationale Gerechtigkeit müssen künftig alle finanzpolitischen Entscheidungen an ~~zu definierenden Nachhaltigkeitszielen~~den Zielen für eine nachhaltige Entwicklung (SDG) der UN und an der Einhaltung des 1,5 Grad-Ziels gemessen werden. Dazu werden wir insbesondere die Wirtschaftsförderprogramme

Begründung

Unser staatliches Wirtschaften und auch die Wirtschaftsförderung haben nicht nur auf das Klima verheerende Auswirkungen. Auch die sozialen Folgen sind beträchtlich. Gerade in der Debatte um das Lieferkettengesetz hat sich gezeigt, dass es noch ein weiter Weg ist, um verantwortliches unternehmerisches Handeln zur allgemeinen Regel zu machen. Um in Zukunft staatliche Ausgaben nachhaltig auszurichten, sollten wir soziale Aspekte in eine entsprechende Regelung miteinbeziehen. Die SDG sind eine umfassende Richtlinie, auf die sich die Generalversammlung der UN einstimmig einigen konnte und die somit eine gewisse Allgemeingültigkeit erlangt hat. Sie verbindet ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit miteinander. Deshalb sollten wir uns mit unserem Nachhaltigkeitsbegriff darauf beziehen.

Unterstützer*innen

Katja Kuncke (KV Lübeck); Waltraud Waidelich (KV Plön); Niklas Willma (KV Neumünster); Peter Stoltenberg (KV Segeberg); Robert Kräuter (KV Flensburg); Verena Kahl (KV Kiel); Andreas Lang (KV Stormarn); Gerd Weichelt (KV Dithmarschen)